

# Schleswig-Holstein

## Nachrichten

### Virus tötet Amseln

**KIEL** In Schleswig-Holstein sterben Vögel an dem ursprünglich aus Afrika stammenden Usutu-Virus (USUV). Betroffen sind vor allem Amseln. Ein landesweites Monitoringprogramm soll nun Erkenntnisse über die Verbreitung des Virus liefern. Deshalb können Bürger frisch verendete Amseln beim zuständigen Veterinäramt abgeben. Von dort werden die Tiere zur Untersuchung ins Landeslabor geschickt. Die Vögel sollten etwa in einen Gefrierbeutel verpackt werden, der mit Fundort und -datum versehen ist. „Es wird empfohlen, die toten Vögel nicht mit den bloßen Händen anzufassen und die Hände nach dem Einsammeln zu waschen“, heißt es aus dem Umweltministerium. Das Virus wurde in Deutschland erstmals 2010 in einem Mückenpool aus dem Süden Deutschlands nachgewiesen. Im Folgejahr kam es zum massiven Vogelsterben – vor allem bei Amseln. *sh:z*



**Gefahr:** Die Amsel ist auch im Norden vom afrikanischen Usutu-Virus bedroht. *KIRSCH*

### Bauarbeiten: Mehr Fluglärm

**QUICKBORN/HAMBURG** Die nördlichen Anrainer des Hamburg Airports in Quickborn und Norderstedt müssen sich in den kommenden zwei Wochen auf mehr Fluglärm einstellen. Wegen Wartungsarbeiten ist die Start- und Landebahn 05/23 (Niendorf/Langenhorn) von Donnerstag, 24. Mai, 6 Uhr bis Mittwoch, 6. Juni, 23 Uhr, voll gesperrt. Während der Zeit gehen alle Flüge über die Piste 15/33 (Norderstedt/Alsterdorf). *mlo*

# „Eine neue Dynamik vor Ort“

Seit zehn Jahren erweisen sich Schleswig-Holsteins 22 Aktivregionen als Ideenschmieden zur Entwicklung des ländlichen Raums

**KIEL** In der Holsteinischen Schweiz wurden Stege und Züge zur Fünf-Seen-Schiffahrt erneuert. Tornesch (Kreis Pinneberg) hat eine leerstehende alte Schule so umgebaut, dass Gruppen sie für Veranstaltungen nutzen können. Gemeinden entlang der Treene haben sich besser auf die Bedürfnisse von Kanutouristen eingestellt. Auf der Nordsee-Halbinsel Eiderstedt ergänzt ein Anruf-Bus den ÖPNV. Und an der Hohwachter Bucht gibt es jetzt einen öffentlich zugänglichen Obst-Erlebnisgarten. Das alles sind Beispiele für insgesamt 1620 Projekte, mit denen die 22 Aktivregionen zwischen Nord- und Ostsee in den vergangenen zehn Jahren das Leben auf dem Dorf verbessert haben. Seit 2008 gelangen die Fördermittel für die ländliche Entwicklung über diese Gebietseinheiten zum Empfänger.

Rund 234 Millionen Euro Fördermittel sind auf diesem Weg binnen des letzten Jahrzehnts geflossen. 86,7 Millionen davon stammen von der EU. Den Rest legten Bund und Land drauf. Denn in der Regel sind Fördermittel aus Brüssel an eine nationale Co-Finanzierung gebunden. 33 weitere Millionen Euro Zuschüsse sind in der aktuellen, noch bis Anfang der 2020er-Jahre laufenden Förderperiode übrig.

„Die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, dass mit den Aktivregionen vor Ort eine neue Dynamik entstanden ist“, bilanziert die Staatssekretärin im Kieler Innenministerium, Kristina Herbst (CDU). „Lokale Akteure aus den Kommunen, der Wirtschaft und den Verbänden haben sich stärker zusammengetan als zuvor.“

In den Aktivregionen nämlich sind – anders als früher – nicht mehr allein die Kommunen dafür verantwortlich, wo für sie Zuschüsse anzupflanzen. Die Beschlüsse darüber trifft die „Lokale Aktionsgruppe“ einer Aktivregion. Und dort stellen Ämter und Gemeinden nur die Hälfte der Mitglieder. Die andere Hälfte entfällt auf die Zivilgesellschaft. Das sind zum Beispiel Vertreter von Handels- und Gewerbevereinen, Handwerkskammern, Naturschutzorganisationen, dem Bauern-



verband oder von Tourismuszentralen. So fließt eine breitere Perspektive in die Entscheidungsprozesse ein. „Es ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg einer Region, dass die vor Ort handelnden Personen eng zusammenarbeiten“, stellt Herbst fest.

Zugleich hat die Konstruktion den Blick über den örtlichen Tellerrand geschärft. Um an die Mittel zu kommen, mussten Gemeinden und Städte Aktivregionen bilden, die mindestens 50 000 und höchstens 150 000 Einwohner zählen. Ein Teil der Gebilde orientiert sich namentlich an naturräumlichen Gegebenheiten, etwa die Aktivregionen Schlei-Ostsee, Eider-Treene-Sorge oder Uthlande für die Inseln im Watt. Andere bemühten bei der Taufe geografische Lyrik. Das führte zu Bezeichnungen wie „Holsteiner Herz“ (im dafür eigentlich schon zu östlichen Raum Bad Segeberg/Bad Oldesloe), „Holsteiner Auenland“ (in Teilen der Kreise Steinburg, Pinneberg und Segeberg) oder „Mitte des Nordens“ (Flensburger Umland). Letztes Jahr umbenannt hat sich das „Hügelland

am Ostseeküsten“ – in „Eckernförder Bucht“. Zu groß sei der Erklärungsbedarf gewesen, wo genau denn dieses Hügelland eigentlich liege, hieß es zur Begründung. Anderswo hat die Namensschöpfung einer Aktivregion hingegen sogar abge-



**Kristina Herbst**  
Innen-Staatssekretärin

„Lokale Akteure haben sich stärker zusammengetan als zuvor.“

fährt auf andere Lebensbereiche: So gibt es zum Beispiel in Bad Bramstedt im „Holsteiner Auenland“ mittlerweile auch die Gemeinschaftsschule Auenland oder beim Bäcker Auenland-Brötchen – „ohne dass ich dabei nachgeholfen hätte“, freut sich Bürgermeister und Aktivregions-Vorsitzender Hans-Jürgen Kütbach. „Das Binnen-Marketing funktioniert also.“

Bei allen Mitbestimmungsrechten: Völlig beliebig dürfen die Aktivregionen den Geldse-

niedergehen lassen. Die EU gibt Förderprioritäten vor: Von den 63 Millionen Euro der laufenden Förderperiode müssen 20,8 Millionen für nachhaltige Daseinsvorsorge ausgegeben werden, 12,9 Prozent für Wachstum und Innovation, 10,2 für Klimawandel und Energie und sieben Millionen für Bildung. Nur die verbleibenden rund zwölf Millionen sind thematisch frei verfügbar.

Wenn Herbst besonders ungewöhnliche Ideen von Aktivregionen hervorheben soll, denkt sie etwa an das „Musicum-Mobil“. Dieser große bunte Transporter bringt musikpädagogische Frühförderung aufs Land. Gleich in vier Gebieten: in der Holsteinischen Schweiz, in Mittelholstein, der Eider- und Kanalregion Rensburg und an der Eckernförder Bucht. „Das ist etwas, das es sonst in vielen Orten nicht geben würde“, ahnt die Staatssekretärin. Ebenso nennt sie eine Initiative aus dem Holsteiner Auenland zum Flächen-Recycling. Dabei werden brachliegende Arealen so hergerichtet, dass sie für Investoren interessant sind.

„Von Jahr zu Jahr sind die Aktivregionen wichtiger für die ländliche Entwicklung geworden“, meint Olaf Prüß, Sprecher der Regionalmanager aller Aktivregionen. Diese Personen sind so etwas wie die Geschäftsführer der Lokalen Aktionsgruppen. Selbst übt Prüß gleich dreifach ein Regionalmanagement aus, nämlich in Steinburg, im Holsteiner Auenland und der Pinneberger Marsch und Geest. „In der ersten Phase waren die Akteure viel mit der eigenen Struktur beschäftigt, sie mussten sich finden und die Projektauswahl lernen. Inzwischen können sie sich viel mehr auf die Inhalte konzentrieren und besser sortiert an Themen herangehen“, freut er sich. Die Aktivregionen seien spürbar besser verankert als am Anfang. „Das merkt man daran, dass die Leute jetzt auch von sich aus Themen an uns herantragen.“

In einer Umfrage eines externen Instituts bewerteten die Mitglieder der Lokalen Aktionsgruppen ihre Zufriedenheit mit dem Modell der Aktivregionen auf einer Notenskala zwischen 1 und 6 mit 2,27. Prüß findet es „mutig, dass Schleswig-Holstein so viel Eigenverantwortung auf die lokale Ebene delegiert hat“. Das sei so weitgehend und so flächendeckend in anderen Bundesländern nicht der Fall. Auch die Gewichtung der Stimmen sei mit dem breiten gesellschaftlichen Einfluss sei einzigartig.

Als Schleswig-holsteinische Besonderheit empfindet Prüß ebenfalls ein landesweites Netzwerk der Aktivregionen. Es besitzt eine eigene feste Struktur und fördert den Austausch untereinander. Das helfe, um mit den komplexer gewordenen Förderrichtlinien der EU fertig zu werden. Wichtig sei das Netzwerk aber auch zur gegenseitigen Inspiration. Denn bei allen lokalen Besonderheiten gebe es auch gemeinsame Interessenlagen. Das „Dörps-Mobil“, bei dem das nordfriesische Klixbull elektrische betriebene Gemeinschaftsaufos angeschafft hat, hat anderswo so viel Neugierde erzeugt, dass es jetzt einen landesweiten Leitfadern zur landesweiten Nachahmung gibt. *Frank Jung*

# Jamaika einigt sich auf ersten Entwurf für Abschiebehaf-Gesetz

**KIEL** Jamaika hat eine weitere Klippe auf dem Weg zur gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg geplanten Abschiebehafteinrichtung genommen. Innenminister **Hans-Joachim Grote** (CDU, Foto) hat gestern im Kabinett den Entwurf eines Abschiebehafteinstellgesetzes vorgestellt, das als entscheidende Voraussetzung dafür gilt, um die Abschiebehaftein-



richtung in Glückstadt Anfang 2020 in Betrieb zu nehmen. Grote betonte ausdrücklich, dass Abschiebehafteinstellgesetz haft sei. Ihr Zweck sei die Sicherung einer vollziehbaren Ausreisepflicht, so der Innenminister. Der vorgelegte Gesetzentwurf enthalte nach Grotes Angaben Bestimmungen zum Ein- und Ausreiseverfahren, zum Entzug gefährlicher Gegenstände und zu besonderen Sicherungsmaßnahmen wie der Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum. „Aus meiner Sicht

haben wir heute einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Betrieb der Einrichtung rechtssicher regelt. Wir schaffen damit eine gute Grundlage für einen sicheren und zugleich humanen Abschiebehafteinstellvollzug in Schleswig-Holstein“, erklärte der Minister.

Nachdem es im Vorfeld zu Differenzen zwischen den Jamaika-Partnern gekommen war, betonte die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier: „Gemeinsam mit den

fachpolitischen Sprechern der Jamaika-Koalitionspartnern ist es nun wie erwartet gelungen, einen vernünftigen und rechtssicheren Handlungsrahmen für eine humanitäre Rückführung zu schaffen. Ganz klar steht die Unterstützung freiwilliger Rückkehr für mich im Vordergrund. Aber als Ultima Ratio wenn es kein Bleiberecht gibt dient die Einrichtung der gesetzlich vorgeschriebenen Abschiebung.“ Die migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Aminata Touré,

räumte dagegen ein: „Als Koalition haben wir uns auf einen Gesetzentwurf für die künftige Abschiebehafteinrichtung geeinigt. Für uns Grüne war dies der schwierigste Kompromiss in den Koalitionsverhandlungen und kein Grund zur Freude.“ Für den innenpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jan Marcus Rossa, ist der Gesetzentwurf das Ergebnis intensiver Zusammenarbeit der drei Regierungsfaktionen und schränkte ein: „Besser wäre es, wenn Menschen,

die kein Bleiberecht haben und ausreisepflichtig sind, das ihnen gewährte Gastrecht nicht überstrapazieren und freiwillig unser Land verlassen würden. So lange dies aber nicht in jedem Fall sichergestellt ist, sind wir auf das Instrument der Abschiebehafteinstellgesetz angewiesen.“

Nach der gestrigen Vorstellung des Gesetzentwurfes im Kabinett will die Landesregierung nach der Sommerpause abschließend dazu beraten und das Gesetz dann zeitnah in den Landtag einbringen. *dds*